

Die DPS macht ihrer Zielgruppe ein Angebot

Seit Herbst vergangenen Jahres ist die DPS in eine neue Phase eingetreten: wir haben unsere Aktivitäten nach außen verstärkt und gleichzeitig eine intensive programmatische Grundlagenarbeit geleistet. Das Ergebnis ist ein stark überarbeitetes GRUNDSATZPROGRAMM, das am 1. März d.J. von der Vollversammlung verabschiedet wurde. Es enthält klare Aussagen über Ziele und Inhalte und will die DPS gegenüber ihrer Zielgruppe eindeutig positionieren.

Seit Herbst vergangenen Jahres ist die DPS in eine neue Phase eingetreten: wir haben unsere Aktivitäten nach außen verstärkt und gleichzeitig eine intensive programmatische Grundlagenarbeit geleistet. Das Ergebnis ist ein stark überarbeitetes GRUNDSATZPROGRAMM, das am 1. März d.J. von der Vollversammlung verabschiedet wurde. Es enthält klare Aussagen über Ziele und Inhalte und will die DPS gegenüber ihrer Zielgruppe eindeutig positionieren.

Unsere wichtigste Zielgruppe sind die kritischen und selbständig denkenden Bürgerinnen und Bürger, die mit den herrschenden politischen Verhältnissen unzufrieden sind. Es sind dies Frauen und Männer, die sich als mündige Bürger und Steuerzahler nicht ernst genommen und sich in ihrem Freiraum und in ihrem gesellschaftspolitischen Gestaltungswillen eingeschränkt fühlen. Sie stehen der herrschenden Sammelpartei zunehmend kritisch gegenüber, fühlen sich aber zumindest zum Teil auch von den bestehenden Oppositionsparteien nicht ausreichend vertreten bzw. sind Nichtwähler.

Unser Grundsatzprogramm geht von einem Menschenbild aus, in dem Freiheit und soziale Verpflichtung,

persönliche Verantwortung und Solidarität untrennbar zusammengehören. Es baut auf Grundwerten auf, zu denen wir uns klar bekennen: es sind dies Gleichheit, Solidarität, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der und des Einzelnen, Freiheit und Demokratie sowie ein Bekenntnis zu ökologischer Verantwortung.

(Eine Zusammenfassung dieses Papiers ist dieser Nummer beigelegt)

Unsere Politik stellt nicht auf Grup-

pen, Vereine oder Lobbies ab, sondern auf das Individuum, das ein Recht auf Teilhabe hat. Wir sind es Leid, ständig in einer Art Ausnahmezustand zu leben, der von der Neigung zur Ausgrenzung und der Überheblichkeit der „Besseren“ gekennzeichnet ist. Stattdessen sollen die einzelnen Menschen ermuntert werden, sich mit Freude einzubringen, um bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes im Rahmen einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Politik wird so verstanden eine positive Sache, als Chance und Aufgabe, die Gesellschaft konkret mitzugestalten.

Die DPS stellt sich als Reform- und Modernisierungspartei dar, die sich nicht scheut, heiße Eisen aufzugreifen. Sie steht der Zukunft und dem Fortschritt positiv gegenüber in dem Bewusstsein, dass es in erster Linie von unserem eigenen Gestaltungswillen abhängt, in welcher Weise sich zukünftige

Entwicklungen auf die Gesellschaft auswirken. Die Bremser und Bewahrer, die zur Zeit in unserem Land das Sagen haben, haben Angst vor Veränderungen, auch wenn sie ständig das Wort „Zukunft“ in den Mund



nehmen und dabei oft wohl nur an ihre eigene denken.

Was sind die Beweggründe unseres Handelns ?

Wir von der DPS sehen uns als mündige Bürger und Bürgerinnen, die als solche das Recht und die Pflicht haben, das eigene gesellschaftliche und politische Umfeld mitzugestalten. Wir wollen es nicht mehr anderen überlassen, über unsere Köpfe hinweg wichtige Entscheidungen zu treffen.

Außerdem sind wir Steuerzahler und wollen nicht nur wissen, was mit unserem Geld geschieht, sondern fordern auch eine Mitsprache bei der Ausgabenpolitik ein.

Aus diesem Grunde sehen wir es als unsere Pflicht an, uns politisch zu engagieren und haben uns den Rahmen dafür, die DPS, selbst geschaffen.

Im Herbst 2003 finden wieder LANDTAGSWAHLEN statt.

Wir wären keine echte Partei, wenn wir uns nicht an politische Wahlen beteiligen würden. Wir sind daher grundsätzlich bereit, an diesen Wahlen teilzunehmen. Es ist allerdings noch zu früh, um sagen zu können, mit wem und in welcher Konstellation wir antreten werden. Dies hängt nicht zuletzt auch vom neuen Wahlgesetz ab, von dem man noch nicht weiß, wie es aussehen wird.

Wir möchten aber schon jetzt klar sagen unter welchen Voraussetzungen wir eine diesbezügliche Ent-

scheidung treffen werden und machen an dieser Stelle unserer Zielgruppe folgendes Angebot:

Wir erklären uns grundsätzlich bereit, uns auf der Basis unseres vorgelegten Grundsatzprogramms an den nächsten Landtagswahlen zu beteiligen und für den Einzug in den Landtag zu kämpfen und setzen hiermit ein klares Startzeichen.

Viel wird aber von der Reaktion der Bürgerinnen und Bürger abhängen. Wenn sich eine genügende Anzahl von aktiven Mitarbeitern und potentiellen Kandidaten findet und es uns gelingt, ausreichende finanzielle Mittel für den Wahlkampf sicher zu stellen, sind wir bereit, in den Ring zu steigen. Die diesbezügliche Entscheidung wollen wir zum Ende des laufenden Jahres treffen, um dann ggf. ohne den beim letzten Mal verhängnisvollen Zeitdruck in das Wahljahr zu gehen.

Wir fordern deshalb die kritischen und fortschrittlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, zusammen mit uns, den Weg in eine pluralistische und demokratischere Zukunft Südtirols zu beschreiten und unserem geliebten Land normale politische Verhältnisse zu verschaffen.

Allen die aktiv mitarbeiten wollen, stellen wir die DPS als Rahmen zur Verfügung, den es gilt mit Leben zu erfüllen.

Karl Berger – Sprecher der DPS

Endlich tut sich was unter:

www.d-p-s.org

Internet-Auftritt freigeschaltet

Seit 1. Mai ist ein Teil des neuen Internet-Auftrittes der DPS freigeschaltet. Neben dem Grundsatzprogramm Programm in html und zum Runterladen und der Vorstellung des Vorstandes sowie einem kurzen geschichtlichen Abriss befindet sich auch ein News-Modul auf der Webseite, das über eine Datenbank von einem Redaktionskomitee von jedem PC mit Internet-Anschluß aus gestaltet werden kann. Das News-Modul kann zu einem späteren Zeitpunkt in mehrere Bereiche aufgeteilt werden und neben der Vermittlung von aktuellen Informationen und Bildern auch Archiv-Funktionen erfüllen oder eigenständige Kampagnen unterstützen, bzw. für Ankündigungen eingesetzt werden. Es besteht die Möglichkeit, Interessenten und Mitarbeitern den Zugang zu verschiedenen Datenbanken zu öffnen, sodass aktuelle Informationen zu festgelegten Themen und Bereichen eingespeist werden können.

Ebenfalls über den neuen Internet-Auftritt arbeiten die Vorstandsmitglieder zusammen. Das „virtuelle DPS-Büro“ ist in Form eines virtuellen Schreibtisches organisiert, der Online-Konferenzen und Datenaustausch ermöglicht, sodass regelrechte Vorstandssitzungen im Internet durchgeführt werden können. Es ist geplant, verschiedene Ebenen des „virtuellen Büros“ für Mitglieder zu öffnen und damit den Mitglieder-

service zu verbessern.

Der neue Auftritt setzt sich aus dynamischen und statischen Elementen zusammen und ist so konzipiert, dass er rasch an neuen technische Möglichkeiten und Kommunikationserfordernisse angepasst werden kann.

DPS verstärkt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seit etwas mehr als einem halben Jahr, versucht die DPS im Rahmen mit Hilfe von Pressemitteilungen die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. Seit Anfang des Jahres haben die Vorstandsmitglieder und der Pressereferent in vier Pressemitteilungen die Position der DPS zu den Themen Landeshaushalt, Pflegeversicherung, Doppelmoral der SVP in Bezug auf die Bewertung der Positionen von Berlusconi und Ebner sowie zur Aussage von SVP-Obmann Brugger dargelegt, Listenverbindungen seien ein Betrug am Wähler.

In verschiedenen Leserbriefen hat vor allem DPS-Sprecher Karl Berger immer wieder zu aktuellen Themen Stellung genommen und die Sichtweise der DPS dargelegt. Darüber hinaus hat Pressereferent Markus Lobis in zwei Gastkommentaren in der „FF“ die Themen „Das Land als Unternehmer“ und „Drohgebärden der SVP-Arbeitnehmer schaden den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südtirol“ angeschnitten.

Auf Grund begrenzter Ressourcen können wir zur Zeit nur eine eingeschränkte Pressearbeit durchführen. Gleichzeitig muss es uns bewusst sein, das erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie auch das Ergebnis kontinuierlicher Arbeit ist.

Neues Programm und Vorstandsmitglieder vorgestellt

Am 17. April hat der Vorstand der DPS im Bozner Kolpinghaus im Rahmen einer Pressekonferenz das überarbeitete Programm und die Vorstandsmitglieder vorgestellt. Das Interesse bei den Medienvertretern war beachtlich und auch die Präsenz in den Medien war überraschend hoch.

In allen vier Tageszeitungen des Landes erschienen Artikel (in der „Tageszeitung“ und im „Alto Adige“ ausführlich und mit Fotos), die Rai hat einen Beitrag im Mittagsmagazin des Senders Bozen gestaltet und in den Radio- und TV-Nachrichten eine Meldung gebracht, Radio Tirol und Südtirol-Journal haben Interviews mit Karl Berger gesendet und die beiden Fernsehsender TV3 und TCA waren mit Kamerateams anwesend. Auch die Nachrichtenagentur ANSA war bei der Pressekonferenz mit einem Redakteur vertreten.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch der neue programmatische Slogan (Anders denken. Anders handeln.) präsentiert, der in den nächsten Monaten das Erscheinungsbild der DPS prägen wird und den wir untenstehend in einer Version wiedergeben.

**Anders denken.
Anders handeln.**



Wie steht es mit dem neuen Landeswahlgesetz ?

Während bisher das Regionalwahlgesetz galt, muss sich der Südtiroler Landtag aufgrund des neuen Statuts ein eigenes Wahlgesetz geben.

Der Entwurf für dieses Gesetz wurde bereits von der Landesregierung genehmigt und liegt jetzt der Sonderkommission des Landtags vor. Diese Fassung findet nicht die Zustimmung der italienischen Parteien und der Opposition; um aber die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit zu erreichen, ist deren weitgehende Zustimmung erforderlich. Man rechnet damit, dass die Sonderkommission im Laufe des Monats Mai mit der Behandlung des Gesetzentwurfs beginnen wird. Bis dahin muss ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden.

Der von der Landesregierung verabschiedete Entwurf sieht im Wesentlichen die Anwendung des sogenannten Hondt'sche System, das bei der Berechnung der Mandate die großen Parteien begünstigt. Die SVP würde damit 2 Mandate mehr erhalten. Der ULIVO ist dagegen und schlägt stattdessen die alte Regelung vor, wie sie im geltenden Regionalgesetz enthalten ist, ergänzt mit der Möglichkeit von Listenverbindungen. Dieser Gegenentwurf wird wiederum von der SVP strikt

abgelehnt. Wie man aus eingeweihten Kreisen in Erfahrung bringen konnte, könnte ein möglicher Kompromiss so aussehen, dass eine Partei für den Einzug in den Landtag mindestens ein Vollmandat (z.Zt. = ca. 2,8% der Stimmen) erreichen muss und dass die Reststimmen, so wie bisher, prozentuell auf alle Parteien, die mindestens ein Vollmandat erzielt haben, aufgeteilt werden.

Es wäre sehr schade, wenn im Gesetz die Listenverbindungen nicht vorgese-

Der neue Vorstand der DPS



Markus Lobis Tel. 335 7719880 E-mail: markus@lobis.it

Sigmund Kripp

Tel. (0473) 968014 E-mail: sigmund.kripp@stachlburg.com

Armin Zagler

Tel. (0471) 262210 E-mail: dps-zagler@gmx.net

Roland Girardi

Tel. (0471) 623539 E-mail: architektungel@rolmail.net

Robert Unterholzer

Tel. (0473) 233432 E-mail: robert.unterholzer@rolmail.net

Karl Berger

Tel. (0471) 300774 E-mail: kd.berger@dnet.it

hen sein würden. Damit wäre es nicht möglich, die oppositionellen Kräfte in differenzierter Weise zu Bündnissen zusammenzuschließen und damit die Demokratie zu stärken.

beka

Südtirols verfassungsgebende Phase

Wir leben in einer wichtigen demokratiepolitischen Phase für unser Land – und sind uns dessen nicht bewusst!

In Südtirol stehen in den nächsten Wochen und Monaten gleich zwei wichtige und sozusagen „verfassungsgebende“ Gesetzesvorhaben an: Zum einen wird am neuen Wahlrecht gearbeitet (siehe dazu auch den Beitrag von Karl Berger), zum anderen muss der Landtag im Sinne des reformierten Autonomiestatutes ein Gesetz zur Regelung von Referenden und anderen direkt-demokratischen Bürgerbeteiligungsverfahren erlassen. Im Landtag wurde eine eigene Sonderkommission dazu eingerichtet, der die Präsidentin des Landtages, Alessandra Zendron vorsteht.

Die Bedeutung der Gesetzesvorhaben wird von der SVP und den nachgeschalteten Medien heruntergespielt, da der aktuellen Regierungspartei neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ein Dorn im Auge sind und sie sich nach Kräften dafür einsetzt, die eh schon sehr eingeschränkten Möglichkeiten der oppositionellen Betätigung mit dem Wahl-

gesetz weiter einzuschränken und es vermeiden will, dass die Dämme in Richtung mehr Demokratie brechen.

Diese Grundtendenz ist vor allem beim Gesetz für zur Regelung der Referenden zu erkennen. Es ist fraglich, ob die Sonderkommission des Landtages den nötigen Spielraum für eine demokratisch betonte Regelung der Materie hat, zumal Landeshauptmann Durmwalders Arbeit der Kommission in gewohnt brachialer Art und Weise vorgegriffen hat, und für die Durchführung eines Referendums auf Landesebene ein Quorum von 8.000 Stimmberechtigten vorgegeben hat, weil „die Opposition sonst jeden Tag ein Referendum durchführen würde“. Gäbe es bei uns „normale Verhältnisse“ würde es dem Vertreter der Exekutive übel genommen, wenn er sich in dieser Art

in die Arbeit des Gesetzgebers einmischte.

Nachdem die Südtiroler Landesregierung die Gesetzgebungsbefugnis aber als Hilfswissenschaft der Verwaltung ansieht, ist es uns gar nicht mehr bewusst, wie offenkundig in Südtirol die klassische Gewaltentrennung unterlaufen wird und welche schwache Position die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Vertretungsorgan, dem Landtag, haben.

Die Initiative für mehr Demokratie hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der der Sonderkommission des Landtages und allen beteiligten Behörden und Parteien übermittelt wird und der auch mit den Bürgerinnen und Bürgern eingehend diskutiert werden soll.

Die DPS unterstützt diesen Diskussionsprozess mit der Durchführung entsprechender Veranstaltungen in Brixen, Bozen und Meran

(siehe dazu die nebenstehende separate Ankündigung).

IMPRESSUM

Eigentümer:
Demokratische Partei
Südtirol, Partschins,
P.Mitterhoferstrasse
2

Herausgeber: Dr.Karl
Berger,
Bozen, Max Valier
Strasse 18

Layout: Dr. Roland
Girardi
Sarnthein, Burgfrieden
20

Presserechtlich ver-
antwortlich:
Wolfgang Mayr, Ep-
pan

Veranstaltungsreihe: Demokratie und Bürgerbeteiligung

Nach der intensiven Programmdebatte und der Start-Pressekonferenz am 17. April gilt es nun, auch die konkrete politische Arbeit in Angriff zu nehmen. Da wir uns dem Themenkreis „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ in besonderer Weise verpflichtet fühlen, organisieren wir entsprechende Diskussionsabende und zwar in

- **Brixen**, am 14. Mai 2002, 20.00 Uhr Volksbanksaal
- **Meran**, am 15. Mai 2002, 20.00 Uhr
- **Bozen**, am 16. Mai 2002, 20.00 Uhr Kolpinghaus

An allen drei Abenden wird Stephan Lausch von der Initiative für mehr Demokratie in die Thematik einleiten und dabei vor allem auf das vom Landtag zu erlassende Gesetz zur Regelung der Referenden eingehen.

Am Podium werden wir Vertreter verschiedener Parteien (Grüne, Union, Heimatbund, SVP, DPS) und Gäste (Hubert Frasnelli, Hans Heiss, u.a.) begrüßen. Das genaue Programm wird den Medien noch übermittelt, bzw. auf unserer homepage (www.d-p-s.org) veröffentlicht.

SPENDENAUFRAF!

Da die Herausgabe des AUFWIND und die Errichtung einer INTERNET-Seite Geld kostet, erlauben wir uns, liebe **LeserInnen**, um eine **Spende** zu bitten. Gleichzeitig ersuchen wir die **Mitglieder** auch um die Zahlung des **Jahresbeitrages** von **€ 25**

Kto: 1.700

Südt.Sparkasse
ABI 6045 CAB 11601